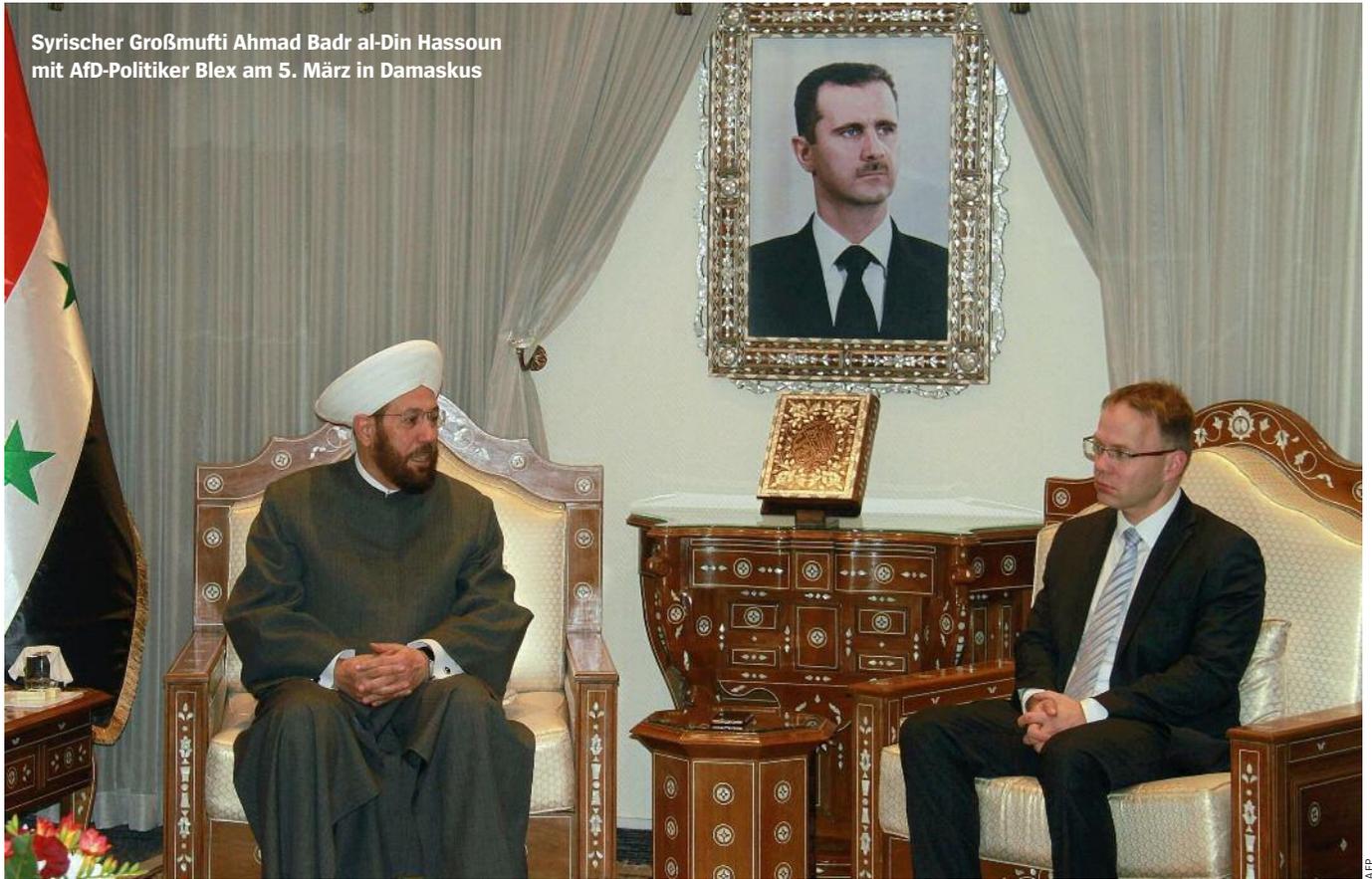


Syrischer Großmufti Ahmad Badr al-Din Hassoun mit AfD-Politiker Blex am 5. März in Damaskus



Abgeordnetenreisen

Illegal ins Niemandsland

Trip der AfD-Delegation nach Damaskus offenbar mit russischer Unterstützung angebahnt

Die AfD versucht mit fragwürdigen Reisen, für die Rückkehr von Flüchtlingen nach Syrien und in den Irak zu werben. Während eine Delegation der Partei in Syrien unterwegs war, hielt sich in dieser Woche auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Oehme im Irak auf. Der Ingenieur war auf dem Landweg aus der Türkei in den Nordirak gereist. Die kurdische Regionalregierung ließ den Sachsen ohne Visum einreisen, obwohl nach irakischem Recht dafür eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr droht. Oehme suchte in seiner Funktion als Mitglied im Entwicklungsausschuss Kontakt zu deutschen Hilfsorganisationen im Irak. Ein AfD-Sprecher bestätigte nur, Oehme halte sich derzeit „im Niemandsland“ auf.

Auch die Syrienreise von AfD-Politikern wie Christian Blex könnte noch diplomatische Verwicklungen hervorrufen: Nach

übereinstimmenden Angaben aus Sicherheitskreisen in Nordrhein-Westfalen und aus der Partei wurde der Trip nach Damaskus offenbar mit russischer Hilfe angebahnt. Die Kontakte dafür seien auf der jüngsten Krimreise von AfD-Politikern Anfang Februar geknüpft worden, heißt es. Die Mitglieder der Syriendelegation waren für Anfragen nicht erreichbar. Erste Spitzenfunktionäre distanzieren sich nun von der Tour. „Im Bundesvorstand war eine Privatreise angekündigt. Tatsächlich wurden außenpolitische Gespräche geführt“, kritisiert AfD-Bundesvorstand Steffen Königer. Die Reise sei „politisch unklug“. Parteivize Georg Pazderski findet es „sehr bedauerlich“, dass keine Außenpolitiker mitgereist seien: „In der Außenpolitik muss man Schnellschüsse vermeiden, denn es besteht die große Gefahr, instrumentalisiert zu werden.“ ama, csc

Arbeitsmarkt

Turbo für die Beitragssenkung

CDU und CSU wollen als Regierungsparteien den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung so früh wie möglich reduzieren. „Die Senkung gehört ins 100-Tage-Programm und muss zum 1. Juli umgesetzt werden“,

sagt Carsten Linnemann, Chef der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union. „Warum soll die Arbeitslosenversicherung Geld horten, das den Bürgern gehört?“ Auch Peter Weiß, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CDU, plädiert für eine Senkung bis zur Jahresmitte: „Das entlastet auch die Menschen mit kleinen Ein-

kommen, die von Steuersenkungen wie der Streichung des Solidarbeitrags nicht profitieren.“ Union und SPD hatten sich bei den Koalitionsgesprächen darauf verständigt, den Beitragssatz von derzeit 3,0 auf 2,7 Prozent zu reduzieren – ohne Terminangabe. Die SPD wolle erst nach der Regierungsbildung über den Zeitpunkt reden, sagt deren

Fraktionsvize Katja Mast. Die Beitragssenkung um 0,3 Prozentpunkte würde Arbeitnehmer und Arbeitgeber um rund 3,3 Milliarden Euro entlasten. Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit könnten ihre Rücklagen wegen der guten Arbeitsmarktlage bis zum Ende des Jahres auf mehr als 20 Milliarden Euro steigen. cos, mad